

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 M., halbmonatlich 1 M.), durch die Post bezogen monatlich 2 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. B., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Redaktion: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18600. / Dresdener Verlagsgesellschaft
Schiffelung: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspre. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckhaus: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (auch Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die erstmalig eingetragene Nonoparagraphelle oder deren Raum 0,30 M., für Familienanzeigen 0,20 M., für die Restanzeigen anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1 * 0 M., Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Sonnabend, den 19. November 1927 Nummer 269

Der Kampf der Tabakarbeiter Der Feind steht links

Die Unternehmer fordern Unterwerfung

Die gesamte Arbeiterschaft muß die Kämpfenden unterstützen
Berlin, 19. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller hat auf seiner Sitzung vom 17. November beschlossen, die Ausperrung der Tabakarbeiter solange rücksichtslos aufrechtzuerhalten, bis die Gewerkschaftsverbände sämtliche Forderungen der Tabakarbeiter fallen lassen und sich dem Unternehmerdiktat fügen.

Mit einer Brutalität, die ihresgleichen sucht, haben die Zigarrenindustriellen rund 110.000 Zigarrenarbeiter und -arbeiterinnen auf die Straße geworfen. Mit Stolz und frechem Hohn verkünden sie, daß rund 1350 Firmen auf ihren Befehl stillgelegt worden sind. Triumphierend geben sie auch gleichzeitig bekannt, es wäre ein so reichlicher Vorrat an Zigarren vorhanden, daß auf Monate hinaus kein Mangel in den Verkaufsgeschäften eintreten könne.

Es ist klar, daß dieser Kienkampf der Tabakarbeiter von einer langen Dauer sein muß, wenn nicht diese aufs jämmerlichste ausgebeuteten Lohnsklaven frühzeitig und bedingungslos zu Kreuze kriechen und zu ihren alten Hungerlöhnen weiterarbeiten sollen. Die ganze Presse ohne Ausnahme ist sich darüber einig, daß die Zigarrenarbeiter so erbärmlich schlecht bezahlt sind, daß sie davon nicht leben, sondern nur hungern können. Selbst die großkapitalistischen Organe wagen nicht, die Berechtigung der Lohnforderung der Arbeiter zu bestreiten.

Die Unternehmer spekulieren darauf, daß den beiden beteiligten Tabakarbeiter-Gewerkschaften, dem freigewerkschaftlichen und dem christlichen Verband, sehr bald die Mittel zur Streikunterstützung ausgehen, daß weiterhin eine große Anzahl von Arbeitern und speziell Arbeiterinnen unorganisiert sind, überhaupt nicht unterstützt werden und bald durch den Hunger zur Waffenstreckung gezwungen sein werden.

Diese Unternehmerpekulation darf nicht gelingen. Sämtliche Gewerkschaften, die ganze deutsche Arbeiterklasse, muß hier Solidarität üben und den unmenschlichen Unternehmerplan durchkreuzen. Der christliche Tabakarbeiter-Verband gibt bekannt, daß 95 Prozent seiner Mitglieder im Streik stehen, aus diesem Grunde rufen die christlichen Gewerkschaften die gesamte Arbeiterschaft zur Sammlung und vor allem zur Unterstützung der christlichen Tabakarbeiter auf.

Aus allen diesen Gründen ist die sofortige Einleitung einer Hilfsaktion durch die gesamte Gewerkschaftsbewegung ein Gebot der Notwendigkeit und der proletarischen Solidaritätspflicht.

Dem freigewerkschaftlichen Tabakarbeiter-Verband kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß er bisher den Kampf nicht mit der genügenden Aktivität geführt hat. Deshalb hat

er offensichtlich nur das eine Bestreben, die Bewegung so schnell wie möglich zu beenden. Darauf läßt auch folgender Bericht schließen, der uns aus Jastrów zugeht: Es heißt da:

Nachdem auch in Jastrów der Kampf der organisierten Tabakarbeiter am 8. November mit aller Schärfe eingeleitet hat, erhielt die hiesige Jobstille vom Gauleiter, Kollegen Georg Köhler, die Mitteilung, daß am 11. November ganz plötzlich im Reichsarbeitsministerium eine unerbittliche Aussprache stattgefunden habe. Erst wurden die Verhandlungen getrennt, später gemeinsam geführt. Wörtlich schreibt dann Kollege Köhler:

Wir machen den Vorbehalt, daß alle Bezirksentschlüsse am 20. Prozent erhöht werden und dann die bestehenden Ortsentschlüsse darangezählt werden, so daß also die Bezirke, die bisher keinen Bezirksentschluss haben, einen solchen von 10 Prozent erhalten würden.

Ansichts dieser höhnischen Tatsache, daß die Tabakarbeiterführer von vornherein die 15-Prozent-Forderung fallen ließen, hat die hiesige Streikleitung folgenden Beschluss, welcher an die Gauleitung des Verbandes, sowie an den Vorstand, an die Redaktion des „Tabakarbeiter“, des „Landarbeiter Volksblattes“ und des „Vorwärts“, sowie an die „Rote Fahne“ zur Veröffentlichung geschickt wird, um die Kollegen im ganzen Reich zusammenzufassen, um so geschlossen den Abwehrkampf gegen diese beschämlichen Einigungsverhandlungen mit Erfolg zu führen.

Durch die Verhandlungskommission des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wird der Lohnkampf der Arbeiter von unseren Führern aus schwerste sabotiert, indem sie das obige Angebot gemacht haben.

Die Jaströwer Jastrów spricht der Verhandlungskommission auf Grund dieses Verhaltens ihr schärfstes Mißtrauen aus und fordert die schleunigste Zurücknahme obigen Angebots. Die Verhandlungskommission sollte doch einmal darüber nachdenken, was die Firmen dazu sagen sollen, die bereits 15 Prozent bewilligt haben. Der Vorschlag unserer Verhandlungskommission würde bedeuten, daß die Tabakarbeiter mit den 4 Pfennig pro Stunde abgepeitscht werden sollen, um weiter ihr Elendbestehen fristen zu müssen. Bietweise ist die Kollegenliste entschlossen, den Kampf bis zu einem siegreichen Ende, d. h. bis zur Erlangung von vollen 15 Prozent Lohn-erhöhung durchzuführen.

Die Arbeiterschaft im ganzen Reich fordern wir auf, sich unserem Entschluß anzuschließen.

Die Streikleitung der Jobstille Jastrów, gen.: Arthur Künger, Johann Krüger, Friedrich Wendlein, Emil Ahmsh, Carl Witte, Bruno Goerz, Otto Schumann, Otto Radtke.

Der Feind steht links

„Diesen (den Kommunisten) gilt unerbittlicher, rücksichtsloser Kampf.“
Vorwärts, vom 10. November.

Das ist die Parole des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie. Diese Parole wird von den Wels, Müller und Stampfer ausgegeben, und ausgerechnet zu einer Zeit, wo breite Schichten der Arbeiterschaft sich wiederum auf ihre Klassenangehörigkeit befinden, von den bürgerlichen Parteien sich lösen und zum Teil direkt zur kommunistischen Partei, zum Teil zur SPD übergehen. Das hört aber die SPD-Führer nicht. Sie erklären brüst und offen: Der Feind steht links!

In England wird seit zwei Tagen eine in der Geschichte des englischen Parlaments unerhört heftige Obstruktion getrieben, um die englischen Konservativen zur Auflösung des Unterhauses zu zwingen. In Deutschland rührt die SPD seinen Finger, trotz der Wahlergebnisse von Hamburg, Königsberg, Heiden und Bremen, die unmißverständlich Mißtrauensanträge gegen den Bürgerblock waren, um die Auflösung des Reichstages durchzusetzen. Umgekehrt, diese Partei rückt unmißverständlich an die Seite des Bürgerblocks, indem sie proklamiert: Der Feind steht links!

Also nicht die Deutsche Volkspartei, die Partei der Nationalisierung auf Kosten der werktätigen Massen, nicht die Deutschnationalen, die Junker, die das Volk aushungern wollen, nicht das Zentrum, das das schwarze Schultze durchbringen will, nicht der Bürgerblock mit seinem ganzen scharfmacherischen Regiment sind die Feinde der Arbeiterklasse, nein, allein die Kommunisten sind es, nur ihnen gilt der Kampf der SPD-Führer.

Das ist kein Zufall, nicht eine ungeheuerliche taktische Wendung, eine der vielen Wüßheiten, die der Vorwärts seinen Lesern noch täglich aufzutischen magt, — in dieser Stellungnahme liegt Methode, liegt der ganze Zwang, dem die SPD-Politik unterworfen ist.

Die Sozialdemokratie als Partei kann sich als Höchstes zur Forderung nach einer Scheinopposition gegen den Bürgerblock aufstellen. Aber nicht einmal die parlamentarischen Mittel nutzen die SPD-Führer, um den Bürgerblock zum Abtreten zu zwingen. Hat nicht die SPD-Reichstagsfraktion den einzelnen Ministern der Bürgerblockregierung ihr Vertrauen ausdrücklich ausgesprochen? Wurden nicht sämtliche Mißtrauensanträge der Kommunisten jeweils von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgelehnt? Von der Anwendung außerparlamentarischer Mittel, um den Bürgerblock wegzufegen, wollen die Wels und Müller schon gar nichts hören. Und so regiert der Block der Industrie-magnaten und Agrarjunker, in der Phase zwar von der Sozialdemokratie angegriffen, in der Tat jedoch durchweg von dieser Partei gestützt und geführt.

Wo liegt der tiefe Grund für die Ohnmacht dieser stärksten Fraktion des Reichstages? Wie ist es möglich, daß eine Partei, die Hunderttausende von Mitgliedern besitzt, über Millionen Stimmen bei den Wahlen verfügt, nicht einmal die parlamentarische Form einer Opposition anwenden kann?

Die SPD kann den Bürgerblock nicht stürzen, weil sie die bürgerliche Herrschaft in Deutschland nicht antauchen will. Sie kann die Regierung Marx-Keudell nicht schlagen, weil sie die bürgerliche Republik erhalten will. Gegen den Bürgerblock kann nur derjenige mit Erfolg kämpfen, der die Bourgeoisie zu schlagen entschlossen ist. Wenn bloß die Schmachtlöcher des Herrn von Keudell mißfällt, wer aber Lobgesänge für Stresemann, Marx und Wirth singet, wird auch dem Großen Wehraz kein Leid antan. Das Geheimnis der jetzigen Stellungnahme der Sozialdemokratie liegt in ihrer Stellung zur Koalitionspolitik. Wer die rechte Hand dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei reicht, kann nicht mit der linken die Deutschnationalen belumpfen. Zumal es zwischen der Politik der ausschlaggebenden Parteien der deutschen Bourgeoisie, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums einerseits, den Deutschnationalen andererseits, nur graduelle, aber keine wesentlichen Unterschiede gibt.

Das Geheimnis des völligen Verlangens der Sozialdemokratie in den elementarsten Fragen, die nicht nur die Arbeiterschaft, sondern breite Schichten des Kleinbürgertums angehen, liegt in der Stellung dieser Partei zum Bürgerblock. Daher die vollständige Erfolglosigkeit des Kampfes gegen den Bürgerblock. Daher auch die Lösung der SPD: Der Feind steht links!

Die Sozialdemokratie glaubte noch vor einiger Zeit, ihre Wähler ohne große Störungen und ohne daß die Arbeiter sie durchschauen würden, durchzuführen zu können. Der Ausgang der Wahlen in Hessen ist ein böser Strich durch die ganze Rechnung. Die Arbeiterschaft beginnt sich in der ganzen Situation auszuzeichnen. Die Massen der werktätigen Bevölkerung stellen nicht nur die Frage: Sturz des Bürgerblocks. Sie werfen

Antibolschewistische Falschmünzer in Berlin verhaftet

Eine Druckerei falscher russischer Banknoten

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei einem Verstoß, in einer Berliner Bank einen größeren Posten gefälschte Tscherwonechnen abzusehen, wurde ein Georgier Sabathieraschwili verhaftet. Aus Papieren, die er bei sich trug, gelang es, eine gegen die Sowjetunion gerichtete Falschmünzer-affäre größten Umfanges aufzudecken. Bisher sind bereits zehn Personen verhaftet und 12 große Rollen mit insgesamt 24 Zentner falschen Tscherwonechnen beschlagnahmt.

Aus Ermittlungen ergibt sich, daß Sabathieraschwili früher zaristischer Offizier war, daß er in die antibolschewistische Armee von Kasag eintrat und nach dem Sturz der menschewistischen Regierung in Georgien zunächst nach London ging, von dort über Madrid nach Paris fuhr und sich in den Dienst der sogenannten „nationalen georgischen Regierung“ stellte, die ein Propaganda-ausschuß der georgischen Konterrevolutionäre in Paris ist, in dem neben Wehrgardisten auch Menschwikisten eine Rolle spielen.

Vor einigen Monaten war Sabathieraschwili in Budapest und wurde von dort aus nach München weiter geleitet zu einem gewissen Dr. Weber, der ihn mit dem Buchdrucker Böhle in Frankfurt a. Main in Verbindung brachte. Böhle schaffte dann eine Verbindung mit einer kleinen Druckereifirma, in der die falschen Tscherwonechnen gerade in einer riesigen Menge gedruckt wurden. Der Georgier beschaffte die Druckplatten, Böhle beschaffte das Papier. Die gefälschten Geldscheine wurden dann zu Böhle gebracht, wo sie jetzt in einer Menge von 24 Zentnern beschlagnahmt wurden. Wieviel falsches Geld bereits umgesetzt ist oder an anderen Verstecken noch verborgen liegt, ist nicht bekannt. Jedenfalls gibt der Georgier zu, die Fälschung der Tscherwonechnen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn, Frankreich und England ausgeführt zu haben. Das Geld sollte dazu dienen, die georgische „Freiheitsbewegung“ zu finanzieren. Der Münchner Dr. Weber wurde am Mittwoch verhaftet, als er sich im Auftrag Sabathieraschwilis gerade nach London begeben wollte. Er hatte den Auftrag, eine antibolschewistische Broschüre drucken zu lassen, die in Georgien zur Verteilung kommen sollte. Dr. Weber ist gegenwärtig Vorsitzender des Bundes Oberland, was an dem Dilerpuls in führender Stellung beteiligt und ist in den heutigen bolschewistischen Kreisen Bayerns noch eine feste Größe. Böhle ist Inhaber einer nationalsozialistischen Buchverlegerfirma, die einen dauernden Versammlungsort der Frankfurter Hakenkreuzler bildet. Eine Berliner Korrespondenz teilt noch mit, daß in den nächsten Tagen eine Reihe weiterer Verhaftungen bevorstehen.

Freie Bahn dem Terror des Hauskapitals

Der Wohnungsausschuß des Reichstages setzte am 17. und 18. November die Spezialberatung der Mieterkammerverordnungen beim § 1 fort. Die Reichsregierung bequeme sich endlich dazu, das Material vorzulegen, das Genosse Höllein bereits beim ersten Zusammentritt des Ausschusses gefordert hatte. Der Vertreter der sächsischen Regierung gab die Erklärung ab, die Einführung der Kündigung durch die Hausbesitzer sei unnötig, für die Mieter schädlich, für den Staat kostspielig und im gegenwärtigen Zeitpunkt sozial nicht irragbar. In zwei ausführlichen Reden kritisierte Genosse Höllein das dem Ausschuß vorgelegte Material, dessen Zusammenstellung lüdenhaft und einseitig zugunsten des Hauskapitals gewählt ist. Von einer objektiven Darstellung der wirklichen Verhältnisse könne nicht die Rede sein. Trotz dieser Widerständigkeit zeigt aber selbst dieses Material, daß auch vom kapitalistischen Standpunkt kein realer Grund für die Verschlechterung des Mieter-schickes vorliegt. Doch der Bürgerblock besteht auf seinem Willen, dem Terror des Hauskapitals die Wege zu ebnen. Mit 15 gegen die 12 Stimmen der KPD, SPD und Demokraten nahm der Ausschuß den grundsätzlichen Paragraphen 1 der Vorlage an, der den Hausbesitzern das Kündigungsrecht einräumt.

Vor dem Konkordatsabschluß in Preußen

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.)
Zu den Konkordatsverhandlungen der preussischen Koalitionsregierung mit dem Vatikan erklärt die Deutsche Allgemeine Zeitung gegenüber den burschäftigen Schwindeln- und Ab-schwächungsversuchen des Vorwärts: Die Konkordatsverhandlungen zwischen der Kurie und dem preussischen Staat sind nach viermonatiger Dauer so weit gefördert worden, daß mit einem Abschluß des Konkordats in nicht zu ferner Zeit, vielleicht noch in diesem Jahre, gerechnet werden kann. In diesem Zusammenhang ist noch eine Meldung des Berliner Tageblattes wichtig, die von einem österreichischen Korrespondenten stammt und besagt, daß der Papst neben der vorgesehene Ernennung von vier Kardinalen sich die Ernennung eines weiteren Kardinals vorbehalten hat. Dies würde der Berliner Nuntius Vercelli sein, der indessen zuerst die Angelegenheit des Konkordats erledigen soll.